

Statement junger Bürgermeister*innen

Berlin, 19. Februar 2022

Junge Bürgermeister*innen verurteilen Bedrohung von Amtsträgern

- keine Privilegierung für unangemeldete Versammlungen

Im Umfeld der Kritiker der Corona-Politik ist eine deutliche Radikalisierung festzustellen. Seit Dezember häufen sich Vorfälle, welche nicht hinnehmbar sind. Exemplarisch seien hier die Versammlungen von Fackelträgern vor den privaten Wohnsitzen der sächsischen Gesundheitsministerin Petra Köpping und des Oberbürgermeisters Daniel Szarata (Halberstadt), zu nennen. Auch in den sozialen Netzwerken gibt es nicht zu tolerierende Beleidigungen auf Amtsträger, mithin sogar Morddrohungen. Drohungen gegen Bürgermeister wie im Fall von Oberbürgermeister Christof Bolay (Ostfildern). Im Dezember standen Landrat Wolfgang Schuster (Lahn-Dill-Kreis) und Oberbürgermeister Manfred Wagner (Wetzlar) unter Polizeischutz.

Insgesamt geraten die Kommunen immer stärker in den Focus: So wurde im November der selbsternannte "Major Jansen" festgenommen, der die Adressen von über 10.000 kommunalen Amtsträgern weitergegeben und öffentlich Todesurteile verhängt hat. Zahlreiche Kolleginnen und Kollegen haben aus diesem Umfeld schon Post bekommen. Die Berichte reichen schon heute von Drohbriefen bis zu Sachbeschädigungen, häufig handelt es sich dabei um orchestrierte Aktionen. In Altenkirchen fanden Brandanschläge auf das Rathaus und das Gesundheitsamt statt.

Die Unterzeichner*innen aus dem Netzwerk Junge Bürgermeister*innen verurteilen diese Ereignisse aufs Schärfste. Gewalt zur Durchsetzung politischer Ziele stellt grundsätzlich einen Angriff auf unsere offene Gesellschaft dar. Der Angriff auf die gewählten Vertreter in den Gemeinden trifft die örtliche Gemeinschaft daher hart. Gerade kommunale Amtsträger können leicht zu Zielen werden: Für die Bürgermeister*Innen ist es wichtig, vor Ort präsent zu sein und den unmittelbaren Kontakt zu ihren Mitbürgern zu pflegen. Gleichzeitig genießen sie nicht den gleichen Schutz wie staatliche Amtsträger auf Landes- oder Bundesebene.

/2

Auch die unangemeldeten Versammlungen, die derzeit oft unter der irreführenden Bezeichnung "Spaziergänge" stattfinden, sind kritisch zu betrachten. Das Demonstrationsrecht ist als Bestandteil unserer politischen Willensbildung ein hohes Gut und Versammlungen genießen deshalb einen besonderen Schutz. Die Inanspruchnahme des Versammlungsrechts setzt aber grundsätzlich eine Anmeldung voraus, damit bei Bedarf eine Abwägung mit anderen betroffenen Schutzgütern getroffen werden kann. Hierzu gehören etwa auch die Rechte Dritter, der Schutz des Gemeinwesens und seiner Funktionsträger und auch die öffentliche Gesundheit - derzeit besonders im Bereich des Infektionsschutzes.

Durch die Vertuschung des tatsächlichen Charakters der unter der Parole "Spaziergänge" organisierten Versammlungen, versuchen die Organisatoren das Verfahren zu unterlaufen, das dem Schutz anderer Rechtsgüter dient. Zum Schutz dieser Rechtsgüter ist es entscheidend, dass die Versammlungsbehörden konsequent handeln und vor Ort uneingeschränkt die gleichen Auflagen erlassen und durchsetzen, die gegenüber angemeldeten Versammlungen erlassen werden. Ansonsten käme es zu einer Privilegierung von Versammlungen, deren Anmeldung rechtswidriger Weise unterlassen wurde.

Kritiker der Corona-Maßnahmen fordern wir auf Demonstrationen ordentlich anzumelden und sich klar gegen Systemgegner zu positionieren.

*Bürgermeister*innen aus dem Netzwerk Junge Bürgermeister*innen*

- Marco Diethelm, Bürgermeister Herzebrock-Clarholz (NRW)
- Ulrich Richter-Hopprich, Bürgermeister Montabauer (Rheinland-Pfalz)
- Daniel Bullinger, Oberbürgermeister Schwäbisch-Hall (Baden-Württemberg)
- Julia Samtleben, Bürgermeisterin Stockelsdorf (Schleswig-Holstein)
- Ferdinand Truffner, Bürgermeister Empfingen (Baden-Württemberg)
- Toni Köppen, Bürgermeister Bad-Segeberg (Schleswig-Holstein)
- Martin Aßmuth, Bürgermeister Hofstetten (Baden-Württemberg)
- Torben Blome, Bürgermeister Lügde (NRW)
- Hendrik Schulz, Bürgermeister Moormerland (Niedersachsen)
- Wiebke Schwarzweller-Sahin, Bürgermeisterin Zossen (Brandenburg)
- Leopold Bach, Bürgermeister Feldatal (Hessen)
- Lena Weber, Stadtbürgermeisterin Hermeskeil (Rheinland-Pfalz)

.../3

Seite 3 von 3

- Michael Salomo, Oberbürgermeister Heidenheim (Baden-Württemberg) und Sprecher des Netzwerks Junge Bürgermeister*innen
- Johannes Albert, 1. Bürgermeister Roden (Bayern)
- Marian Schreier, Bürgermeister Tengen (Baden-Württemberg)
- Matthias Beer, 1. Bürgermeister Beratzhausen (Bayern)
- Tim Schultze, Ortsbürgermeister Wettelrode (Sachsen-Anhalt)
- Christian Schmid, 1. Bürgermeister Velburg (Bayern)
- Thomas Schäfer, Bürgermeister Hemmingen (Baden-Württemberg)
- Dr. Olaf Dahlmann, Bürgermeister Wartenberg (Hessen)
- Dominik Brasch, Bürgermeister Bad Soden-Salmünster (Hessen)
- Jochen Engel, Bürgermeister Trebur (Hessen)
- Volker Weber, Bürgermeister Marpingen (Saarland)
- Florian Marrè, Bürgermeister Diepholz (Niedersachsen)
- Sarah Süß, Bürgermeisterin Steinhagen (NRW)
- Andre Stenda, Bürgermeister Hohenroda (Hessen)
- Frank Nase, Bürgermeister Barleben (Sachsen-Anhalt)
- Matthias Hauke, Bürgermeister Markt Zeitlofs (Bayern)
- Manuel Friedrich, Bürgermeister Obertshausen (Hessen)
- Tobias Borstel, Bürgermeister Großbeeren (Brandenburg)
- Benedikt Paulowitsch, Bürgermeister Kernen im Remstal (Baden-Württemberg)

Kontakt Daten:

Henning Witzel

Netzwerk Junge Bürgermeister*innen

Leiter Hauptstadtbüro

Tel.: 030 7407 316-36 | Mobil: 0151 1802 4455 | netzwerk@junge-buergermeisterInnen.de

www.junge-buergermeisterInnen.de